

Christian Lindner geißelt wahltaktische Blockadehaltung

FDP-Senkrechtstarter will „Steuerbremse“ im Grundgesetz verankern

Spätestens nach der vorgezogenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, bei der er die FDP aus der Talsohle führte und sie mit 8,6 Prozent der Wählerstimmen wieder in das Düsseldorfener Parlament katapultierte, gilt Christian Lindner innerhalb seiner Partei als Favorit für die Nachfolge Philipp Röslers, wenn dieser – seiner Ankündigung folgend – sich in einigen Jahren aus dem politischen Geschehen zurückzieht. So war Lindner – inzwischen auch stellvertretender Vorsitzender der Bundes-FDP – maßgeblich daran beteiligt, dass auf dem letzten Sonderparteitag der Liberalen der Weg für Lohnuntergrenzen freigemacht wurde.

Gegen flächendeckende Mindestlöhne

In einem ausführlichen Gedankenaustausch erläuterte Christian Lindner den BDS-Vertretern Rita Seiler, Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer seine Intentionen, warum er darauf gedrängt hatte, dass die FDP ihre bisherige ablehnende Haltung in dieser Frage modifiziert. Ihm gehe es darum, überall dort, wo es keinerlei Tarifverträge gibt, weiße Flecken zu beseitigen, wobei er Wert darauf lege, dass Lohnuntergrenzen ausschließlich durch Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber festgelegt würden. Seine Partei sei gegen eine Zentralkommission, wie dies das Konzept der CDU vorsehe, weil diese dann auch bestehende Tarifverträge aushebeln könne. Unabhängig von den durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgelegten Lohnuntergrenzen müsse es nach Ansicht seiner Partei weiterhin Einstiegstarife für Auszubildende, gering qualifizierte Arbeitnehmer und langjährige Arbeitslose geben. „Flächendeckende gesetzlich festgelegte Mindestlöhne werden eine Hürde am Arbeitsmarkt darstellen, die durch den angesprochenen Personenkreis kaum zu überwinden ist“, setzte Christian Lindner ein deutliches Signal in Richtung Ursula von der Leyen.

Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer machten deutlich, dass der Verband die FDP-Be-

schlüsse zu Lohnuntergrenzen mitgetragen werde, wenn gewährleistet sei, dass die Tarifautonomie nicht durch politische Entscheidungen ausgehebelt würde.

Solidaritätsbeitrag zurückfahren

Wie schon in der Vergangenheit stand auch das Thema Steuerpolitik ganz oben auf der Gesprächsagenda. Die BDS-Vertreter erinnerten Christian Lindner an die Versprechen seiner Partei im Wahljahr 2009, ein einfacheres und gerechteres Steuersystem durchzusetzen und vor allem die kalte Progression zu beseitigen. Dieses Wahlversprechen sei nicht eingelöst worden, kritisierte Joachim Schäfer und stellte die Frage, wie viel Glauben man daher künftigen Wahlversprechen schenken dürfe. Diese Vorhaltungen seien so nicht berechtigt, widersprach Christian Lindner und verwies auf Entlastungen der Steuerzahler in Höhe von insgesamt 22 Milliarden Euro seit dem Jahr 2009 durch die jetzige Bundesregierung. Zudem habe es bei der Eindämmung der Staatsverschuldung große Fortschritte gegeben. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland werde am Ende dieser Legislaturperiode der Bundeshaushalt kleiner sein als zu Beginn. Dass es nicht gelungen sei, die sogenannte kalte Progression zu dämpfen, sei der Blockadehaltung von SPD, Grünen und Linkspartei im Bundesrat geschuldet, hob Lindner hervor. Obwohl die Bundesregierung den Ländern angeboten habe, die Steuerausfälle in den Landeshaushalten zu kompensieren, hätten die Parteien links der politischen Mitte, allein aus wahltaktischen Gründen, das Vorhaben blockiert. „Ein Skandal, dass durch diese Blockadehaltung der Staat stärker vom Aufschwung profitiert, als die Bürger, die den Aufschwung erarbeitet haben“, schrieb der FDP-Politiker den Oppositionsparteien ins Stammbuch. Er hoffe nur, sagte Lindner, dass nach der Bundestagswahl SPD und Grüne ihre Blockadehaltung im Bundesrat beenden



würden und somit dieser Gerechtigkeitsskandal zu den Akten gelegt werden könne. Unabhängig davon müsse in der nächsten Legislaturperiode Schritt für Schritt der Solidaritätszuschlag abgebaut werden, weil dieser eine Sondersteuer sei und nichts mehr mit seinem Ursprungszweck zu tun habe, „weil die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag höher sind, als die Gelder, die noch in den Solidarpakt II fließen“.

Freibeträge jährlich anpassen

Auf den Vorschlag von Ifo-Chef Hans-Werner Sinn angesprochen, der einem „Steuertarif auf Rädern“ das Wort redet und wonach Freibeträge, Freigrenzen und Progressionsgrenzen jährlich automatisch mit der Wachstumsrate des nominalen Sozialprodukts heraufgesetzt werden sollen, signalisierte Christian Lindner Zustimmung. Der Eckpunktebeschluss des Bundeskabinetts, der auf Initiative der FDP bereits gefasst worden sei, deute in die von Professor Sinn vorgegebene Richtung. Er wolle aber noch einen Schritt weiter gehen. Nach seiner Auffassung gehöre parallel zur Schuldenbremse auch eine Steuerbrem-

se in das Grundgesetz. Genauso, wie nachfolgende Generationen vor überhöhter Verschuldung geschützt werden müssten, sollten nach seiner Ansicht die heutigen Steuerzahler vor überzogener Belastung geschützt werden, weil die Pläne von SPD und Grünen, aber auch von Teilen der CDU, darauf hinausliefen, dass die steuerliche Belastung in der Spitze jenseits der 50-Prozent-Marke liege, konkretisierte Lindner seine Vorstellungen.

Mit spitzer Feder rechnen

Das BDS-Leib- und Magenthema „freiwillig in der GKV versicherte Selbstständige und deren fiktiv festgelegten Einkommen beziehungsweise Tarife“ wurde ebenfalls mit Christian Lindner und dem mittelstandspolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Ralph Bombis, der dem Gespräch ebenfalls beiwohnte, beraten und diskutiert. Christian Lindner wurde gebeten, die Problematik mit Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr zu erörtern. Er werde seinen Parteifreund Daniel Bahr bitten, sich dieses Themas anzunehmen und die BDS-Vorbehalte zu prüfen, sicherte der FDP- ▶

v.l.: MdL Ralph Bombis, Joachim Schäfer, Rita Seiler, Christian Lindner, Hans-Peter Murmann

Fraktionsvorsitzende seinen Gesprächspartnern Murmann und Schäfer zu.

Zeitaufwendige Korrekturen vermeiden

Hans-Peter Murmann ermunterte Christian Lindner, sich einmal mit dem BDS-Vorschlag auseinander zu setzen, bei der Abgabe der Meldungen zur Sozialversicherung einen anderen Weg zu gehen, um so die erheblichen Bürokratiekosten zu reduzieren. Das BDS-Konzept läuft darauf hinaus, ab dem Monat Februar eines jeden Jahres die Meldungen zur Sozialversicherung erst am Zehnten des Folgemonats abgeben zu müssen, damit umständliche und zeitaufwendige Korrekturmeldungen

künftig vermieden werden. Lindner bat Murmann um Zurverfügungstellung des Entwurfes, den er nach detaillierter Durchsicht dann bewerten wollte. Eine wohlwollende Prüfung sage er aber schon jetzt zu, betonte der FDP-Vize.

Neben klassischen mittelstandspolitischen Themen wurden auch gesellschaftspolitische Sachverhalte erörtert. So das Erstarken der Anti-Euro-Partei Alternative für Deutschland/AfD, Chancen und Risiken der Energiewende und schwarz-grüne Gedankenspiele innerhalb der Union, die, wie Christian Lindner sagt, ihn nicht beunruhigen, „weil sie die Bedeutung der FDP unterstreichen“.

A.S.



Christian Lindner ist ein begehrter Gesprächspartner in den Talkshows von ARD und ZDF. Die breite Öffentlichkeit kennt ihn somit als eloquenten und zugleich beinaharten Diskutanten, der nicht nur Parteifreunde, sondern auch den politischen Gegner durch virtuoson Wortgebrauch immer wieder überrascht. Der studierte Politikwissenschaftler hat in der FDP eine einzigartige Blitzkarriere hingelegt. Jüngster Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2000, jüngster Generalsekretär der nordrhein-westfälischen FDP (2004) und jüngster Generalsekretär aller Zeiten

der Bundes-FDP (ab Dezember 2009) sind schon jetzt unauslöschliche Spuren, die Christian Lindner im politischen Labyrinth in Berlin und Düsseldorf hinterlassen hat. Als er dann im Dezember 2011 nach offensichtlichen Meinungsunterschieden mit dem Parteivorsitzenden Philipp Rösler über die grundsätzliche Ausrichtung der Liberalen sein Amt als Generalsekretär niederlegte und sich vor der Presse vielsagend mit den Worten „Auf Wiedersehen“ verabschiedete, war für die meisten politischen Beobachter klar, dass dieser Rücktritt beileibe nicht das politische Karriereende für Christian Lindner bedeuten würde.

Als sich dann im März 2012 der Landtag von Nordrhein-Westfalen auflöste, weil die FDP-Fraktion nicht bereit war, den Schuldenhaushalt der rot-grünen Minderheitsregierung mitzutragen, waren Neuwahlen die zwangsläufige Folge. Da die FDP aber nach Ansicht der Meinungsforscher den Einzug in den Landtag verpassen würde, sahen viele seiner Parteifreunde einzig und allein in Christian Lindner den personellen Rettungsanker, um die Partei wieder aus dem Umfrage-tief zu führen. Zu Recht, wie sich zeigen sollte. Als Spitzenkandidat katapultierte Christian Lindner bei der vorgezogenen Landtagswahl dann die Liberalen mit 8,6 Prozent der Stimmen wieder in den

Landtag und erzielte damit das zweitbeste Wahlergebnis seit 1958.

Das Geheimnis des Erfolgsmenschen Lindner liegt nicht nur in seiner charismatischen Ausstrahlung, sondern vielmehr in seiner politischen Unabhängigkeit begründet. So kritisiert er auch heute noch die argumentative Verengung des damaligen Parteivorsitzenden Westerwelle auf Steuersenkungen und er hält das Eintreten Ursula von der Leyens für eine gesetzlich reglementierte Frauenquote oder die Einführung eines flächendeckenden, einheitlichen Mindestlohnes für falsch. Den Staat will Christian Lindner auf seine Kernaufgaben zurückführen, wobei er gleichzeitig für ein ordnendes Gemeinwesen wirbt, das Rahmenbedingungen vorgeben muss.

Dass Christian Lindner am 9. März 2013 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP gewählt wurde, ist ein weiteres Indiz dafür, dass der erst 34jährige Vollblutpolitiker vom Senkrechtstarter zum Hoffnungsträger seiner Partei avanciert ist. Man muss also kein Hellseher sein, um vorauszusagen, dass der Hauptmann der Reserve und Liebhaber schneller Autos vor noch höheren Weihen steht. Wobei sich Christian Lindner an die alte Rennfahrer-Regel halten will, die da lautet: „Man schaut immer auf den Ausgang der Kurve, nie auf die Leitplanke.“

Joachim Schäfer